

Fragen zur Anpassung des Projekts an Länder mit einem eigenständigen (unabhängigen) Bildungssystem.

Dieser Artikel ergänzt einen zuvor auf der Hauptwebsite veröffentlichten Beitrag – ein [Projekt](#) zur Gewährleistung der umfassenden Sicherheit von Schulen und anderen Bildungseinrichtungen vor kriminellen, terroristischen und sonstigen Bedrohungen. Anlass dafür war eine kritische Rezension des Projekts, die ich erhalten habe; deren Verfasser ist eine der seriösesten und renommiertesten internationalen Organisationen im Bereich der Sicherheit von Bildungseinrichtungen.

Ich möchte noch einmal betonen, dass ich Kritik – insbesondere konstruktive Kritik – völlig normal und respektvoll aufnehme; sie ermöglicht es mir, Schwachstellen und Fehler zu erkennen und zu beheben, die aus der Außenperspektive gut sichtbar sind. Alle kritischen Anmerkungen und fundierten Empfehlungen, insbesondere von anerkannten Fachleuten aus der Praxis, betrachte ich als eine Form der Weiterbildung und berücksichtige sie stets in meiner Arbeit. Meine wichtigsten Argumente zu den in der Rezension genannten Anmerkungen habe ich in einem separaten [Artikel](#) dargelegt.

Bereits nach Erhalt der Hauptrezension erhielt ich ein weiteres Schreiben desselben Autors, das nun keine Kritik mehr enthielt, sondern die Empfehlung, bei der Ausarbeitung des Projekts die Besonderheiten der Organisation und Tätigkeit von Bildungseinrichtungen in verschiedenen Ländern, vor allem in den USA, zu berücksichtigen.

Ich zitiere aus dem Brief:

In den Vereinigten Staaten und vielen anderen Ländern, wie beispielsweise Großbritannien und Indien, hat die Regierung nur sehr begrenzte Kontrolle über unabhängige Schulen, und diese sind eigenständige Bildungseinrichtungen. In den Vereinigten Staaten gibt es nur in einem einzigen Bundesstaat ein staatliches Schulsystem. Genau aus diesem Grund gibt es in den übrigen 49 Bundesstaaten zwischen 30 und 250 separate staatliche Schulsysteme, die zwar von der Bundesregierung und den regionalen Regierungen reguliert werden, jedoch von den lokalen Behörden verwaltet werden und über erhebliche Autonomie verfügen. Und das ist kein Einzelfall der USA; bitte bedenken Sie daher, dass es zwischen den Ländern große Unterschiede gibt.

Dieser Brief war für mich ein zusätzlicher Ansporn: Wenn selbst führende Experten keinen Ausweg aus dem bestehenden System sehen, dann ist dieses System tatsächlich zu einer «Komfortzone» geworden. Aber eine Komfortzone ist ein Ort, an dem man aufhört zu wachsen. Die Bedrohungen hingegen nehmen zu. Und wir bleiben zurück.

Die vom Experten beschriebene Situation ist mir gut bekannt; ich habe darauf hingewiesen, dass ich mich bei der Konzeption der im Entwurf vorgestellten Einheiten zur Prävention und Bekämpfung direkter (offensichtlicher) Bedrohungen an den Erfahrungen in den USA orientiert habe. Insbesondere die Erfahrungen mit der Einrichtung und dem Einsatz solcher Polizeidienste wie der Abteilung für Schulsicherheit des New Yorker Polizeidepartements (SSD NYPD) und der Schulpolizei von Los Angeles (LASPD). Ich habe ihre Tätigkeit, ihre rechtliche Stellung und die Wirksamkeit ihres Einsatzes recht ausführlich untersucht und mit anderen Städten und Bundesstaaten verglichen, in denen ähnliche Polizeidienste existieren oder fehlen. Parallel dazu habe ich anhand öffentlich zugänglicher Quellen die Organisations- und Funktionsprinzipien von Bildungseinrichtungen und Kinderbetreuungseinrichtungen in verschiedenen Bundesstaaten untersucht, darunter Kindergärten, Schulen, Colleges und Universitäten. Rechtsvorschriften, die ihren Status regeln, die Modalitäten der Zusammenarbeit mit lokalen und bundesstaatlichen Behörden, der Polizei und der Öffentlichkeit sowie die Art und Weise, wie Sicherheitsfragen gelöst werden.

Zusammenfassend lässt sich auf der Grundlage der analysierten Informationen feststellen, dass es für das Sicherheitssystem an US-amerikanischen Schulen keinen einheitlichen bundesweiten (staatlichen) Standard gibt und dass es auf Ebene der Bundesstaaten und der lokalen Schulbezirke geregelt wird. Die meisten Schulen wenden die grundlegendsten Maßnahmen an: Zugangskontrolle, Videoüberwachung, die Anwesenheit von Polizeibeamten, Schulwächtern oder privaten Sicherheitskräften sowie regelmäßige Notfallübungen. In der Verwaltungsstruktur der lokalen Behörden, Schulbezirke und einzelner großer Schulen gibt es spezielle Planstellen (Koordinatoren, Direktoren, Stellvertreter, Fachkräfte usw.), die sich ausschließlich mit Sicherheitsfragen befassen. In einigen Bundesstaaten ist gesetzlich vorgesehen, dass Lehrkräfte Waffen tragen und diese im Falle einer unmittelbaren Bedrohung für sich selbst und die Schüler zum Abschuss einsetzen dürfen. Das Bildungsministerium und die Leitung der Strafverfolgungsbehörden senden den Schulen regelmäßig methodische Materialien zu Sicherheitsfragen zu, doch all diese Dokumente haben eher empfehlenden Charakter. In der Verwaltungsstruktur, sowohl auf Ebene der Bundesstaaten als auch auf Ebene der einzelnen Schulbezirke, gibt es neben den Beamten der Bildungsbehörden verschiedene Kommissionen, Ausschüsse bei den Schulräten sowie Arbeitsgruppen, die für Sicherheitsfragen zuständig sind.

Ein solches System entstand bereits in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts, als die größten Sicherheitsrisiken für Schüler und Schulpersonal noch Jugendliche darstellten, die Klebstoff auf die Stühle unbeliebter Lehrer schütteten, auf dem Schulhof rauchten, Glühbirnen in der Toilette zerbrachen, Brötchen aus der Cafeteria stahlen oder vulgäre Sprüche an die Tür des Rektorats schrieben. Mittlerweile hat sich das Ausmaß der Bedrohungen erheblich erhöht und verändert. Heute überrascht es niemanden mehr, dass in Schulen schwere und besonders schwere Straftaten begangen werden, bei denen Stich- oder Schusswaffen zum Einsatz kommen, sowie sexuelle Übergriffe, Vergewaltigungen, Diebstähle, Raubüberfälle, Erpressungen sowie als Schauplatz für die Aktivitäten von Waffen- und Drogenhändlern, organisierten kriminellen Banden und extremistischen Gruppierungen. Ja, diese Situation herrscht nicht in jeder Schule, aber leider in vielen, und der Anteil solcher Schulen (Hochschulen, Universitäten usw.) nimmt von Jahr zu Jahr zu. Ja, es ist unangenehm, dies zuzugeben, aber es ist eine Tatsache: Im 21. Jahrhundert haben sich Bildungseinrichtungen zu Orten mit erhöhter Gefährdung entwickelt.

Das bestehende Sicherheitssystem der Bildungseinrichtungen war für eine solche Situation schlichtweg nicht ausgelegt. Zwar wurde mehrfach versucht, es zu ergänzen und zu modernisieren, doch ist das Modernisierungspotenzial begrenzt und mittlerweile erschöpft. In seinem derzeitigen Zustand ist das System nicht in der Lage, modernen und zukünftigen Bedrohungen standzuhalten – es ist veraltet. Das ist keine Kritik an seinen Schöpfern, sondern ein normaler, natürlicher Prozess für jeden Bestandteil des staatlichen und kommunalen Verwaltungssystems. Wenn ein System im Laufe der Zeit und unter dem Einfluss von Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Leben des Landes seine Lebensdauer ausschöpft und für die weitere Nutzung ungeeignet wird.

Ein System, das nicht an neue Bedrohungen angepasst wird, bietet keinen Schutz mehr. Es wird zur reinen Kulisse. Wir bringen Schlösser an Papp-Türen an und wundern uns dann, wenn sie aufgebrochen werden. Genau das beobachten wir derzeit.

In meinem Projekt schlage ich einen neuen Ansatz zur Gewährleistung der Sicherheit von Bildungseinrichtungen vor. Ein Konzept, das sowohl bestehende als auch zukünftige Bedrohungen aller Art berücksichtigt – von kriminellen über natürliche bis hin zu technogenen Gefahren. Es ist neu, ungewohnt und basiert auf dem Prinzip der Zentralisierung: Schulen und andere Bildungseinrichtungen sind dabei keine autonomen Einheiten, sondern Elemente eines

einheitlichen, gesteuerten Systems. Ich möchte jedoch betonen: Dies gilt ausschließlich für Sicherheitsfragen; auf die übrigen Tätigkeitsbereiche hat dies keinerlei Auswirkungen.

Der erste Schritt im Rahmen des Projekts ist eine Verwaltungsreform (Abschnitt: III. Vorgeschlagene Lösung, Unterabschnitt: 1. Verwaltungsrechtliche Maßnahmen, Punkt: 1.2.), deren Kern darin besteht, die Verantwortung für die Organisation, Gewährleistung und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit auf dem Gelände der Bildungseinrichtung vollständig von deren Verwaltung zu entbinden. Dabei geht es nicht nur um die Entlastung von der Verantwortung, sondern auch um das Verbot, in den Prozess ihrer Organisation und Umsetzung einzugreifen. Nur so lässt sich ein solides Fundament schaffen, auf dem in Zukunft ein transparentes und effektives System aufgebaut werden kann, in dem die Aufgaben klar abgegrenzt sind. Die Bildungseinrichtungen können sich dann auf ihre Hauptaufgabe konzentrieren – die Bildung und Erziehung der heranwachsenden Generation.

Dies ist eine unverzichtbare Voraussetzung; ohne ihre Erfüllung macht es keinen Sinn, überhaupt mit Reformen zu beginnen, da sie zu keinem Ergebnis führen werden. Ein enormes Problem für die Sicherheit und eine große Erleichterung für die Kriminalität ist der Kampf der Bildungseinrichtungen um ihren Ruf und positive statistische Kennzahlen. Dies zwingt die Schulleitung dazu, begangene Straftaten mit allen Mitteln vor der offiziellen Erfassung und einer umfassenden Untersuchung zu verbergen, bis diese Vorfälle schwerwiegende Folgen nach sich ziehen und eine weitere Vertuschung unmöglich wird. Es kommt nicht selten vor, dass Mitarbeiter ihre dienstliche Stellung ausnutzen, um in die Arbeit der Sicherheitsdienste einzugreifen, und verlangen, dass Vorschriften zugunsten des Lehrbetriebs oder anderer Tätigkeitsbereiche der Einrichtung missachtet werden. Das derzeitige (autonome) Sicherheitssystem ermöglicht ihnen dies, und Kriminelle nutzen diese Schwachstelle aktiv aus. Das Ergebnis liegt auf der Hand.

Der einzige wirksame Weg, die Situation zu ändern, besteht darin, den Verwaltungen der Bildungseinrichtungen und den Beamten im Bildungswesen jeglichen Einfluss auf Sicherheitsfragen zu entziehen. Mit Fragen der Sicherheit sollten sich ausschließlich Fachleute befassen, die über die erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen verfügen. Vor allem aber muss für sie das Leben und die Gesundheit der Schüler und Mitarbeiter der Bildungseinrichtung oberste Priorität haben – und nicht deren Ruf oder statistische Berichterstattung.

Ein detailliertes Modell zur Schaffung eines Sicherheitssystems auf der Grundlage der Prinzipien der Zentralisierung und einer klaren vertikalen Führungsstruktur, einschließlich der Darstellung der Abhängigkeiten und des Einflusses der einzelnen Elemente auf konkrete Prozesse und die Lösung konkreter Aufgaben, ist im Entwurf dargelegt.

Die Frage der Finanzierung hängt auch von der Bereitschaft und der Herangehensweise bei ihrer Lösung ab. Beim Übergang von einem dezentralen zu einem zentralisierten Sicherheitssystem werden auch die Finanzströme zentralisiert – vereinfacht gesagt gibt es statt 10 Empfängern nur noch einen. Eigenmittel (einschließlich der durch die Reduzierung des Eigenanteils freigesetzten Mittel), kommunale, regionale und föderale Zuschüsse, Fördermittel, Spenden, zweckgebundene Finanzmittel und Kofinanzierungen im Rahmen verschiedener Programme. Alle Mittel erhält der «Spezialisierte Polizeidienst» (Abschnitt: III. Vorgeschlagene Lösung; Unterabschnitt: 3. Prävention und Bekämpfung direkter Sicherheitsbedrohungen). Er übernimmt auch alle Aufgaben im Bereich des Schutzes und der Sicherheit von Bildungseinrichtungen in vollem Umfang; wie dies konkret umgesetzt werden soll, ist im Entwurf nachzulesen (Abschnitt: III. Vorgeschlagene Lösung; Unterabschnitt: 3. Prävention und Abwehr unmittelbarer Sicherheitsbedrohungen). Die Mittel

werden aus bestimmten Quellen freigesetzt und in andere umgeleitet. Dies ist keine Erhöhung der Ausgaben, sondern eine Umverteilung bereits vorhandener Mittel zur Steigerung ihrer Effizienz. Zwar werden die Ausgaben in der Anfangsphase steigen – es sind Investitionen in die Infrastruktur, die technische Ausstattung sowie organisatorische Aufwendungen erforderlich –, doch werden die Kosten anschließend auf das laufende Niveau sinken, und der Haushalt wird transparenter und berechenbarer werden.

Die Frage ist, ob wir bereit sind, diese Mittel für ein wirksames System auszugeben und nicht für eine Scheinsicherheit. Wenn man Ergebnisse erzielen will, muss man in das Projekt investieren – das ist eine grundlegende Voraussetzung. In diesem Fall rechtfertigt das Ziel die dafür aufgewendeten Mittel, denn es geht um das Leben und die Gesundheit der Menschen. In erster Linie geht es um Kinder, die sich aufgrund ihres Alters und ihrer geringen Lebenserfahrung noch nicht selbst schützen können; daher tragen wir Erwachsenen die Verantwortung für ihre Sicherheit. Das Projekt eignet sich uneingeschränkt für die Umsetzung in Ländern mit einem gut entwickelten System der Kommunalverwaltung und einem autonomen (unabhängigen) Bildungssystem. Vorausgesetzt, die lokalen Behörden halten es für notwendig, es zu nutzen. Eine Reihe von Regierungsvertretern, Gouverneuren, Abgeordneten, Leitern regionaler und kommunaler Verwaltungen sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens äußern sich zur Notwendigkeit konkreter und wirksamer Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit in Bildungseinrichtungen. Auch ausgehend von einer Analyse von Veröffentlichungen in den Medien, sozialen Netzwerken und anderen Internetplattformen für Kommunikation, Diskussion und Meinungsäußerung besteht in den meisten Ländern der Welt eine wachsende gesellschaftliche Nachfrage nach solchen Maßnahmen, was bedeutet, dass entsprechende Initiativen Unterstützung finden werden.

Ich möchte hinzufügen, dass die Umsetzung des Projekts in Ländern mit einem ähnlichen Verwaltungssystem sogar einfacher sein könnte als in jedem anderen Land, da sie hierfür bereits über eine solide rechtliche Grundlage verfügen. Ein etabliertes und gut ausgebautes System der Kommunalverwaltung, in dem die lokalen Behörden organisatorische Entscheidungen ohne langwierige Abstimmungen mit der Bundesebene treffen können, sowie eine lokale Polizei, die die Grundlage für Präventions- und Einsatzkräfte bildet.

Das wichtigste kritische Argument meiner Gegner lautet, dass das von mir vorgeschlagene System noch nicht unter realen Einsatzbedingungen erprobt wurde und seine praktische Wirksamkeit daher nicht nachgewiesen ist. Ich stimme zu, das ist tatsächlich der Fall, weshalb ich selbst erkläre, dass es nicht sofort und flächendeckend eingeführt werden kann; zunächst ist ein Versuch erforderlich, eine praktische Überprüfung der Funktionsfähigkeit unter realen Bedingungen über mehrere Jahre hinweg in einem einzelnen Bundesland oder sogar einer einzelnen Stadt. Tests unter realen Bedingungen werden zwangsläufig bestimmte Mängel und Versäumnisse aufdecken – das ist der richtige wissenschaftliche Ansatz und ein normaler Arbeitsprozess für alles Neue. Bereits in wenigen Jahren wird es sich – unter Berücksichtigung der im Laufe des Experiments festgestellten Fehler und Mängel sowie der vorgenommenen Ergänzungen und Verbesserungen – um ein völlig anderes Modell handeln. Die Effizienz und Funktionsfähigkeit jedes einzelnen Elements dieses Modells wird durch die Praxis, durch wiederholte Tests und Überprüfungen unter verschiedenen Bedingungen und in unterschiedlichen Szenarien erprobt und bewiesen sein. Ein Modell, dessen Wirksamkeit sich in der Praxis bewährt hat, kann weltweit eingesetzt werden – mit geringfügigen Anpassungen an lokale Besonderheiten –, doch seine grundlegende Struktur bleibt dieselbe und wird unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen von Jahr zu Jahr immer besser und zuverlässiger werden.

Das wichtigste Ergebnis ist, dass Schulen wieder zu einem Ort werden, an den Eltern ihre Kinder ohne Bedenken schicken können – ein Ort, der für Zuverlässigkeit, Vertrauen und Sicherheit steht. Ein Ort, an dem Kinder Wissen und Lebenserfahrung erwerben, Freundschaften schließen und positive Emotionen erleben. Dort, wo sich die Schulleitung und das Lehrpersonal ausschließlich ihrer Aufgabe widmen – der Bildung und Erziehung der heranwachsenden Generation –, während Fachleute für die Sicherheit verantwortlich sind. Ich habe diesem Ziel mein Leben gewidmet und bin überzeugt, dass dies ein erreichbares Ergebnis ist.

Da ich die Pragmatik der Amerikaner kenne – und für mich ist das eine durch und durch positive Eigenschaft –, schlage ich vor, einen Blick darauf zu werfen und zu beurteilen, welche Perspektiven und Möglichkeiten die Schaffung eines solchen internationalen Sicherheitskonzepts für Bildungseinrichtungen eröffnet.

Bereits vor fast 20 Jahren habe ich diesen Gedanken zum ersten Mal geäußert, und im Laufe der Jahre hat sich meine Überzeugung nur noch verstärkt, dass Sicherheit die wertvollste Ressource des 21. Jahrhunderts sein wird.

Veröffentlichungsdatum: 23. August 2026

Autor: Roman Grishin

[Profilseite des Autors auf dem Portal](#)